



Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 2/2005

25. April 2005

In dieser Ausgabe:

GdP begrüßt Zustimmung aus Karlsruhe für moderne Verfolgungstechnik	2
Erfolg der SPD: Abhörgeheimnis liegt vorerst auf Eis	2
Noch offene Plätze für Berlinseminar	2

GKV-Beitragserhöhung zum 1. Juli 2005 um 0,9 %

(gdp) - Die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkasse müssen ab dem 1.7.2005 einen Aufschlag zu den Krankenkassenbeiträgen von 0,4 % ihres Einkommens für den Zahnersatz zahlen. Hinzu kommt bei Arbeitnehmern noch ein weiterer Aufschlag auf die Krankenkassenbeiträge in Höhe von 0,5 % für das Krankengeld. Insgesamt erhöhen sich die Krankenkassenbeiträge zum 1.7.2005 damit um 0,9%. Diese Erhöhung geht vollständig zu Lasten der Arbeitnehmer, da sich der Arbeitgeber nicht hälftig beteiligt. Die GdP sieht jedoch keine rechtlichen Möglichkeiten, gerichtlich gegen die Beitragserhöhung vorzugehen.

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

Walter Röhling zum neuen Vorsitzenden der Landesseniorengruppe gewählt

Im Hotel Eden Wolf in München fand am 21. April die 5. Landesseniorenkonferenz der GdP Bayern statt. Gäste und Delegierte hörten vormittags die Festansprachen von LV Gerhard Keller, Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt und dem Vizepräsidenten des PP München, Jens Viering. Nach dem Franz Dempf nicht mehr kandidierte, wählte die Konferenz am Nachmittag Walter

Röhling, BG Oberbayern, zum neuen Landesseniorenvorsitzenden. Breiten Raum nahmen auch die Ehrungen ein, bei denen LV Keller zwanzig Kollegen für ihre bis zu 55jährige Mitgliedschaft danken konnte. Mit der Ehrenmedaille des Landesbezirks wurden Franz Dempf, Walter Reihl und Robert Wolf ausgezeichnet. Ausführlicher Bericht in der nächsten Ausgabe der Deutschen Polizei.



Der Landesvorsitzende Gerhard Keller (rechts im Bild) bei der Ehrung langgedienter Mitglieder der GdP: Bundesseniorenvorsitzender Heinz Blatt, der neue Landesseniorenvorsitzende Walter Röhling und die geehrten Mitglieder Walter Reihl, Franz Dempf (zugleich ehemaliger Landesseniorenvorsitzender) und Robert Wolf. (von links nach rechts)



Erfolg der SPD: Abhörsgesetz liegt vorerst auf Eis

München - Helga Schmitt-Bussinger, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für kommunale Fragen und innere Sicherheit, begrüßt die Aussetzung des Gesetzgebungsverfahrens zum Polizeiaufgabengesetz. Damit sollte unter anderem das präventive Abhören von Telefongesprächen zur Verbrechensbekämpfung ermöglicht werden. Zwar wurde heute im Innenausschuss ein entsprechender Antrag der SPD abgelehnt, die CSU-Fraktion hat dennoch zugesichert, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der präventiven Kommunikationsüberwachung abzuwarten. Eine Entscheidung der obersten Richter hierüber wird jedenfalls noch vor der Sommerpause erwartet.

Schmitt-Bussinger: „Wir freuen uns darüber, dass damit inhaltlich dem Anliegen der SPD-Landtagsfraktion Rechnung getragen wurde und Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts in ein bayerisches Gesetz eingearbeitet werden können. Bedauerlich ist jedoch, dass sich die CSU nicht überwinden konnte, unserem Antrag auch formal zuzustimmen, wie sie dies angekündigt hatte. Darüber hinaus wollen wir im neuen Gesetz auf jeden Fall die parlamentarische Kontrolle der neuen Polizeibefugnisse verankern und die richterliche Kontrolle verstärkt wissen.“

GdP begrüßt Zustimmung aus Karlsruhe für moderne Verfolgungstechnik

gdp - Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Observation und Verfolgung von schwerstkriminellen mittels satellitengestützter Überwachungstechnik erlaubt.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Das Bundesverfassungsgericht hat endlich erkannt, dass der Polizei im Wettlauf mit den technischen Möglichkeiten, die von schwerkriminellen bei der Tatusübung schrankenlos genutzt werden, nicht weiter die Hände gebunden werden dürfen.“

In jüngster Vergangenheit, so die GdP, hätten die Karlsruher Richter im Ergebnis leider oft zugunsten der Täter entschieden, wie etwa bei der Anwendung der akustischen Wohnraumüberwachung.

Freiberg: „Wir können die Vorbehalte gegenüber einem eventuellen Missbrauch dieser technischen Möglichkeiten durch die Polizei nicht verstehen. Die Arbeit der Polizei unterliegt einer Mehrfachkontrolle durch Gesetzgeber und Öffentlichkeit. Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus

bedienen sich der modernen Technik ungehemmt. Globalisierung und der Wegfall der Grenzen in Europa verschaffen den Kriminellen ein Höchstmaß an Mobilität und ein immer größer werdendes Operationsgebiet. Ihnen kann die Polizei nicht mit Mitteln aus dem Zeitalter der Postkutschen hinterher jagen.

Die GdP hofft, dass das Urteil aus Karlsruhe ein Umdenken bei den obersten Richtern signalisiert, eher der Kriminalitätsentwicklung, als der Polizei skeptisch gegenüber zu stehen



Berlin erleben - durch ein Seminar



Im Rahmen eines deutschlandpolitischen Seminars vom 19. bis 25. Juni 2005 wird Ihnen Berlin gezeigt und fachkundig erklärt. Diese Veranstaltung ist von der Landeszentrale für politische Bildung als Weiterbildungswürdig nach der Verordnung über Sonderurlaub anerkannt und Sie können für dieses Seminar Dienstbefreiung beantragen.

Der Unkostenbeitrag für diese Woche beträgt für Fahrt, Verpflegung im Seminar, Trinkgelder und Übernachtung im Doppelzimmer mit DU/WC pro Person 350,00 Euro. Aufpreis für Belegung des DZ mit einer Person 61,50 Euro. Da nur Doppelzimmer zur Verfügung stehen, ist die Teilnahme des Ehe- oder Lebenspartners möglich. Die Fahrt erfolgt mit Bus, was damit auch die Stadtrundfahrten gemacht werden. Abfahrt und Rückfahrorte sind München (Ostbahnhof), Nürnberg (Bereitschaftspolizei) und Marktchoran. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen begrenzt und die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen. Anmeldung über Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Bayern. Diese Anmeldeurkunde **nicht** beim Antrag auf Dienstbefreiung verwenden, die dafür notwendigen Unterlagen werden Ihnen erst mit der Zusage übersandt.

Anmeldung bitte per Fax an 089/578388-9011
oder per Mail an Hetzl@gdpbayern.de